5 Pfennig

6 Uhr-Abendblatt

5 Pfennig

General-Anzeiger

für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Bölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Burgstraße 7 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Albert Herling in Halle.

Nummer 57 — Halle, Dienstag den 27. Februar — 1917

Der Reichskanzler über die deutsche Seesperre und über Amerika.

„Für uns gibt es nur eine Forderung des Tages: Kämpfen und Siegen".

Die Rede des Reichskanzlers.

(Eigener Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 27. Februar.

Der Reichskanzler ergriff heute nach Beginn der Sitzung das Wort zu folgender Rede:

Meine Herren! Wir beraten, während unsere Krieger draußen im Trommelfeuer liegen und unsere Unterseeboote in Todesverachtung nach der See kreuzen. Wir in der Heimat haben nichts, gar nichts anderes zu tun, als Geschütze und Munition zu schaffen, Lebensmittel zu erzeugen und gerecht zu verteilen. In diesem Kampfe um Leben und Tod gibt es nur eine Forderung des Tages, welche alle politischen Fragen, innere wie äußere beherrscht: nämlich

Kämpfen und Siegen.

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten. Der Kanzler hat diese Worte mit starker Stimme in den Saal gerufen und fährt fort:) **Die von dem Reichstag in der vorigen Woche mit überwältigender Mehrheit beschlossenen neuen Kriegskredite verbünden aller Welt unseren unwiderruflichen Entschluß zu fechten, bis unsere Feinde zu einem Frieden bereit sind.** Meine Herren, wie dieser Friede aussehen wird, darüber ist seit Freigabe der Kriegszielerörterung viel in der Presse gesprochen und in Versammlungen gesprochen worden. Auch im preußischen Abgeordnetenhause wurde kürzlich erörtert, ob und welchen Landerwerb und welche Sicherungen der Friede uns bringen müsse. **So entscheidend, wie diese Fragen für unsere Zukunft sind, und so tief deshalb mit vollem Rechte sie die Gemüter bewegen, so wenig** ich es doch für verfrüht halten, wenn ich meinerseits mich an solchen Beratungen beteiligen sollte. (Sehr gut! hört!) Ich kann von meiner Seite keine Versprechungen machen, oder ins Einzelne gehende Formulierungen aufstellen, das wäre unfruchtbar. Unsere Feinde haben es so gemacht. Sie haben untereinander sich ausschweifende Zusicherungen gemacht, aber sie haben damit nichts erreicht, als daß sie sich und ihre Völker immer tiefer in den Krieg verstrickt haben. Dieses Beispiel kann mich nicht locken. Was ich über

Richtung und Ziele unserer Bedingungen

sagen konnte, habe ich wiederholt gesagt. Dem Krieg ein Ende machen durch einen dauerhaften Frieden, welcher uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill, und einem starken Deutschland die Sicherung für sein Dasein und seine Zukunft bietet, das ist unser Ziel.

Ueber die großen innerpolitischen Probleme will ich mich ebenfalls nur auf einige allgemeine Besprechungen beschränken. Wie um die Kriegsziele, so ist auch um die innerpolitischen Probleme der Kampf der Meinungen hin- und hergegangen. Neuorientierung ist kein schönes Wort. Ich glaube, ich nehme es zum erstenmale in den Mund. Als ob es in unserem Belieben läge, ob wir uns neu orientieren wollen oder nicht! Nein, meine Herren,

eine neue Zeit mit einem neuen gewaltigen Wollen ist da!

Ein Geschlecht, welches durch das ungeheure Erleben bis in die letzten Fasern erschüttert ist, ein Volk, von dem ein ergreifendes Wort eines selbaraen Dichters sagen konnte, daß sein letzter Sohn auch sein getreuester war. Meine Herren, das sind lebendige Kräfte, die sich von keinem Parteiprogramm, weder von rechts noch links einschränken oder aus ihrer Bahn werfen lassen. Es handelt sich nicht darum, das Volk zu bekehren, sondern es handelt sich darum, den richtigen politischen und staatlichen Ausdruck dafür zu finden, was dieses Volk ist. Meine Herren, gewaltige geistige wirtschaftliche, soziale Aufgaben stehen uns nach dem Kriege hervor. Lösen können wir sie nur, wenn die gesamten Kräfte, deren Zusammenfassung es uns allein ermöglicht, den Krieg zu gewinnen, frei und freudig fortwirken können. Das ist eine Forderung der inneren Stärke unseres Staates, und diese Forderung wird sich durchsetzen. Meine Herren, wenn jemand hiergegen einwenden wollte, daß nach den Befreiungskriegen von 100 Jahren die Hoffnung auf eine volkstümliche Gestaltung unseres inneren politischen Lebens getäuscht wurde, der übersieht ganz

die treibenden Kräfte unserer Zeit.

Damals herrschte der nationale Gedanke nur in wenigen erlesenchten Köpfen. Heute hat er das ganze Volk über jeden Stand und jede Partei hinweg ergriff, und ich glaube, daß heute auch die demokratischen Elemente von dem Werte unserer monarchischen Einrichtungen überzeugt sind. Die Briand und Lloyd George wollen die Welt glauben machen, die Aufgabe, das deutsche Volk vom Militarismus zu befreien. Nun, meine Herren, wo wir von etwas zu befreien sind,

das werden wir selbst besorgen.

und was unseren Militarismus anbelangt, so wissen wir alle — und vor dem Kriege hat das auch Lloyd George gewußt —, daß unsere geographische Lage uns immer auf das Wort Friedrichs des Großen hinweist: Toujours en vedette! Dieser Grundsatz kann am wirksamsten verwirklicht werden durch die monarchischen Grundlagen unseres Staates, welche aus der Liebe des freien Mannes ihre Kraft ziehen. Das ist der Sinn des deutschen Kaisergedankens und des preußischen Königstums. Meine letzte Rede vom 12. Dezember galt dem Vorschlag der verbündeten Mittelmächte, zu Frieden und Verhandlungen einzutreten. In den bekannten Anregungen des Präsidenten Wilson, in dem Vorgehen der Regierungen der Schweizer Eidgenossenschaft und der skandinavischen Reiche fand dieses einen beredsamen Ausdruck. Bei unseren Feinden aber war die bewegene Kriegsleidenschaft ihrer Maschine stärker als

der Stimme ihrer Völker nach Frieden.

Ihre Antwort war gröber und vermessener, als irgend ein vernünftig Denkender bei uns und den Neutralen annehmen konnte. Die Wirkung war demgemäß ein barbarischer Ausbruch des Hasses. Meine Herren! Unsere Bündnisse und unsere Fronten stehen fester, das deutsche Volk ist standhafter als je, nur auf unsere Gegner fällt die ungeheuere Schuld des fortgesetzten Blutvergießens, fällt der Fluch der leidenden Menschheit zurück. Sie waren es, welche die ihnen gebotene Hand zur Verständigung zurückgewiesen haben. Und nun

die Seesperre,

welche wir in Gemeinschaft mit Oesterreich-Ungarn am England, Frankreich und Italien gelegt haben. Darüber habe ich am 31. Januar vor dem Hauptausschuß des hohen Hauses gesprochen. Wir verkennen durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, welche der neutralen Schiffahrt erwachsen, und suchen sie nach Möglichkeit zu lindern. Denen suchen wir auch ihren die Rohstoffe, deren sie bedürfen, wie besonders Kohle und Eisen, innerhalb des Bereiches unserer Kräfte zuzuführen. Aber wir wissen auch, daß die Schwierigkeit

durch die Thrannei Englands

verursacht ist. Diese Verachtung jedes nicht örtlichen Seeverkehrs wollen und werden wir brechen. (Lebhafter Beifall.) Den erfüllbaren Wünschen der Neutralen kommen wir entgegen, soweit wir können. Aber dem Verlangen, das zu tun, was uns durch unseren unwiderruflichen Entschluß eine unverrückbare Grenze gezogen, nämlich durch unseren Entschluß,

den Zweck der Seesperre unbedingt zu erfüllen

und, meine Herren, wir sind überzeugt: Es wird noch einmal der Zustand kommen, in dem auch die Neutralen uns für unsere Festigkeit danken werden. Wenn wir die Freiheit der Meere erkämpfen, dann wird sie auch ihnen zugute kommen.

Einen Schritt weiter als die europäischen Neutralen sind

die Vereinigten Staaten

gegangen. Herr Wilson hat nach dem Empfang unserer Note vom 31. Januar die diplomatischen Beziehungen zu uns schroff abgebrochen. Eine authentische Mitteilung über die Gründe dieses Abbruches habe ich bisher nicht erhalten. Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin hat sich darauf beschränkt, dem Staatssekretär des Auswärtigen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mitzuteilen und um seine Pässe zu bitten. Diese Form des Abbruchs diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten, welche im Frieden miteinander leben, ist wohl

ohne Vorgang in der Geschichte.

Bei dem Mangel eines amtlichen Dokumentes bin ich auf eine unsichere Quelle über die Gründe des Präsidenten Wilson angewiesen, nämlich auf eine Reutermeldung, über eine Botschaft des Präsidenten an den Kongreß vom 3. Februar dieses Jahres.

Meine Herren, sollte diese Argumentation des Präsidenten Wilson authentisch sein, so müßte ich gegen sie entschiedenen Widerspruch erheben. Seit über einem Jahrhundert sind die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten sorgfältig gepflegt worden. Wir haben sie, wie Bismarck es einmal ausdrückte, als ein Vermächtnis Friedrichs des Großen hochgehalten. Beide Länder haben sich dabei gut gestanden. Seit dem Beginn des Krieges ist das drüben anders geworden. Noch am 27. August 1913, während der mexikanischen Wirren, hat Präsident Wilson in einer Botschaft an den Kongreß erklärt, er glaube, der wahren Neutralität am besten zu dienen, wenn er die Lieferung von Munition aus den Vereinigten Staaten an beide kriegführenden merikanischen Parteien verbiete. (Hört, hört!) Ein Jahr später, 1914, wurde ersichtlich dieser Grundsatz nicht mehr für gut gehalten.

Ungezähltes Kriegsmaterial hat Amerika an die Entente geliefert,

während man eifersüchtig über das Recht der amerikanischen Bürger wachte, ungehindert und frei nach den Ländern der Entente reisen zu können, und mitten durch die Schlachtfelder der See ungehindert und frei mit England und frei Handel treiben zu können. Man protestierte zwar gegen englische Völkerrechtsbrüche, aber man fügte sich. Unter diesen Verhältnissen mutet der Vorwurf der Nichtbeachtung des Völkerrechts durchaus seltsam an, und mit gleicher Entschiedenheit muß ich den Vorwurf abweisen, als wenn wir durch die Art der Zurückziehung der Zusicherung unserer Note vom 4. Mai 1916 der Ehre und Würde Amerikas zu nahe getreten wären. Daß diese Zusicherungen unter gewissen Voraussetzungen hinfällig werden würden, hatten wir bereits von vornherein ausdrücklich und unmißverständlich erklärt. (Lebhafte Zustimmung!) Erinnern Sie sich des Schlusses unserer Note vom 4. Mai, in der wir zusagen, daß wir in Bezug auf den U-Bootkrieg die Form des Kreuzerkrieges einhalten werden.

Die Vereinigten Staaten haben uns den Empfang der Note vom 4. Mai 1916 am 10. Mai bestätigt. Wenn sie darin die Meinung aussprächen: Wir beabsichtigen nicht die neuangekündigte Politik des U-Bootkrieges von dem Ergebnis der Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit irgend einer anderen Regierung abhängig zu machen, so widerspricht das so kraß dem, was wir in unserer Note klar und ohne jede Möglichkeit des Mißverständnisses gesagt hatten, daß eine Erwiderung unsererseits an dem beiderseitigen Standpunkt nichts geändert haben würde. Daß aber die Voraussetzungen, an welche die Wiederanknüpfung der Freiheit unserer Entschließungen geknüpft waren, längst eingetreten sind, daran konnte und kann doch auch in Amerika niemand zweifeln. (Sehr wahr.) **England hat die Absperrung Deutschlands nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil andauernd auf das rücksichtsloseste verschärft. Unsere** Gegner sind nicht zur Beachtung der vor dem Kriege allgemein gültigen völkerrechtlichen Regeln und Gebote der Menschlichkeit gebracht worden. Die Freiheit der Meere, welche Amerika noch während des Krieges nach ausdrücklicher Erklärung des Präsidenten im Zusammenarbeiten mit uns wiederherstellen wollte, haben unsere Gegner nur noch gründlicher unterbunden. Das ist öffentlich bekannt, und

auch Amerika hat es nicht gehindert.

(Sehr wahr!) Noch Ende Januar hat England eine neue Seesperrerklärung für die Nordsee erlassen und über alle dem sind seit dem 4. Mai neun Monate vergangen. Konnte es da für jemand eine Ueberraschung geben, daß wir am 31. Januar die Freiheit der Meere nicht als wiederherzustellen ansehen und daraus unsere Folgerungen ziehen? (Sehr richtig!) Unsere Feinde und die uns übelwollenden amerikanischen Kreise haben geglaubt, auf einen wichtigen Unterschied aufmerksam machen zu sollen, welcher zwischen uns und den Engländern bestehe. England vernichtet, so wurde gesagt, lediglich wirtschaftliche Werte, die ersetzt werden können; Deutschland aber Menschenleben, welche unersetzlich sind. Nun, warum kamen denn bei den Engländern amerikanische Menschenleben nicht in Gefahr? Doch nur deshalb, weil die neutralen Länder und insonderheit

Amerika sich freiwillig den Anforderungen Englands fügten.

(Sehr richtig!) und weil England somit des Notwendigkeit überhoben war, seinen Zweck durch Anwendung von Gewalt zu erreichen.

Was wäre wohl geschehen, wenn die Amerikaner auf dem ungehinderten Passagier- und Güterverkehr mit Hamburg und Bremen bestanden hätten?

(Sehr richtig!) Hätten sie das getan, so wären wir von dem peinlichen Eindruck befreit gewesen, daß nach amerikanischer Auffassung eine Unterwerfung unter englische Wacht und Kontrolle mit dem Wesen der Neutralität vereinbar ist, und daß die Anerkennung der deutschen Abwehrmittel aber mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar ist! (Sehr richtig!) Ueberblicken wie die ganze Entwicklung unserer Verhältnisse zu Amerika, den Abbruch der Beziehungen zu uns, ferner die angestrebte Mobilisierung der Neutralen gegen uns zur Unterstützung des amerikanischen Standpunktes: Das alles forderte nicht den auch vom Präsidenten Wilson erstrebten Frieden, das muß im Gegenteil nur dazu dienen, das Bestreben Englands, uns auszuhungern, zu bestärken. Wir bedauern den Bruch mit einem Volke, daß nach seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung dazu berufen schien, mit uns und nicht gegen uns das gemeinsame Ideal zu erringen. Nachdem aber unser ehrliches Friedensangebot nur den Kriegssturm der Gegner entfesselt hat,

gibt es für uns kein Zurück mehr, sondern nur noch ein „Vorwärts"!

(Beifall!) Daß England die verschärfte Anwendung der U-Bootwaffe als größtes Verbrechen der Weltgeschichte hinstellen würde, war vorauszusehen. England glaubt, der prädestinierte Herrscher der Meere zu sein und meint, das Allgemeinwohl der Menschheit, das Völkerrecht mit seinen Regeln für den Seekrieg, wären für jeden anderen unbedingt bindend, — für England aber nur, so weit seine Interessen dabei in Betracht kommen.

Ich wiederhole, gegenüber der Verhetzungskampagne, welche England in der ganzen Welt gegen uns betreibt, und ich unterstreiche es noch einmal:

Unser Unterseebootkrieg ist eine Erwiderung auf die Hungerblockade,

welche England seit Kriegsbeginn gegen uns ausübt. **Die englischen Machthaber wiegen sich in der Hoffnung, daß ihnen der Krieg nicht teuer zu stehen kommen würde, daß vielmehr nach bewährtem Muster auf dem Festlande die Alliierten die Arbeit für England verrichten würden, und daß England sich damit begnügen könnte, mit seiner stolzen Flotte Deutschland durch Aushungerung zur Kapitulation zu zwingen, ohne selbst Menschen dabei zu verlieren. Das Rezept war ja für England nicht neu. Ich erinnere an die berüchtigten Konzentrationslager, in welche England die Frauen und Kinder der tapferen Buren schleppte und dort der unmenschlichsten Behandlung aussetzte, zu dem ausgesprochenen Zwecke, durch ihre Leiden die Landstraft der im Felde stehenden Männer zu verringern.**

England ist es gewesen, das von Anfang an aus diesem Kriege nicht einen Krieg von Heer zu Heer, sondern von Volk zu Volk gemacht hat. (Sehr richtig.) Nachdem es dieses getan, nachdem die Feinde unseren ehrlichen Friedensangebot nur Hohn und Spott entgegengesetzt haben, blieb **dem deutschen Verteidigungswillen nichts weiter übrig, als das Wort: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, aber mit anderer Wendung: Auf einen Schelm anderthalben! England scheint die Gefahr, die ihm von dem U-Bootkrieg droht, zu erkennen. Die Rede von Lloyd George spricht dafür.** Allerdings vertröstet die englische Regierung ihr Volk: Sie werde binnen kurzem des U-Bootkrieges Herr werden. Das wollen wir abwarten. Einstweilen kann ich erklären, daß

die bisherigen Erfolge des seit dem 1. Februar geführten U-Bootkrieges die Erwartungen unserer Marine bei weitem übertreffen.

Die Seesperre ist seit vier Wochen in Kraft. Wir können mit dem Erfolge mehr als zufrieden sein. Eine Blockade haben wir niemals erklärt. Daß einzelne Schiffe der Gefahr entschlüpfen, versteht sich von selbst. Wir haben einen schweren Winter hinter uns. Aber das Heldentum unserer Frauen und Kinder hat schon jetzt den englischen Aushungerungskrieg zu Schanden gemacht. Unsere Landfronten sind für alles bereit. Aber auch auf der Wasserfront sind wir voll gerüstet.

Wir gehen mit vollem Vertrauen den nächsten Monaten entgegen.

Unser unbeugsamer Wille, nicht zu dulden, daß wir in Schmach geraten, daß wir der Freiheit entsagen, führt uns zum Sieg. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen).

Eine Rede Wilsons.

(T. U.) **Amsterdam**, 27. Februar. In einer Ansprache an den Kongreß sagte Wilson: Wir erleben kriegerische Zeiten. Um so mehr ist es meine Pflicht, in engster Fühlung mit beiden Häusern des Kongresses zu bleiben. Die am 1. Februar angekündigte deutsche Politik ist seit 4 Wochen in die Praxis umgesetzt worden. Ihre tatsächlichen Ergebnisse sind noch nicht ganz zu übersehen. Der Handel aller neutralen Länder erleidet ernstlichen Schaden, obschon vielleicht nicht mehr als vor dem 1. Februar, an welchem Tage die neue Kriegsführung begann. Wir haben um die Mitwirkung der übrigen neutralen Regierungen ersucht, um dieser Vernichtung ein Ende zu machen, aber ich berichte, daß keiner von ihnen es für ratsam hält, sich den Vereinigten Staaten zu einer gemeinschaftlichen Aktion anzuschließen. Ueber die Störung des Schiffsverkehrs in amerikanischen Häfen sagt Wilson: Diese Verhältnisse allein erreichen schon in gewisser Hinsicht das Ziel, das sich Deutschland bei Eröffnung der neuen U-Bootblockade gesetzt hat. Es wäre törricht zu leugnen, daß die außerordentliche Lage alle Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt, und es wäre daher unvorsichtig, nicht alle erdenklichen Vorbereitungen zu treffen. Ich glaube deshalb, meine Herren, Sie ersuchen zu müssen, mir die unbedingte Vollmacht zu verleihen, die anzuwenden, in jeden Augenblick in der Lage sein muß, Wie wir unseren Handel und das Leben unserer Bürger unter den heutigen schwierigen Umständen beschützen mit Umsicht, aber auch mit Entschlossenheit. Kein Weg, den ich immer beschreiten werde, wird zum Krieg führen, nur durch mutwillige Taten und Angriffe kann der Krieg hervorgerufen werden. Ich bitte Sie, meine Herren, mir die Ermächtigung, unsere Kauffahrer nötigenfalls zwecks Selbstverteidigung zu bewaffnen und sie mit allen Mitteln zu versehen, um die Waffen zu gebrauchen, sowie mit allen Mitteln die Gebote anzuwenden, die nötig sein können, unsere Schiffe und Untertanen bei ihren friedlichen Arbeiten zur See zu beschützen, zu erteilen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann, in amerikanischen Grundsätzen erzogen, zögern wird, diese Rechte zu verteidigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191702270/fragment/page=0001

Englands Versorgung.

Von Jan Eyssen.

Daß die englische Statistik über die Ein- und Ausfuhr während des Krieges mit Vorsicht zu genießen ist, ebenso wie die Angaben über die Einfuhrte des Schatzamtes, das ist an einigen Beispielen mühelos zu illustrieren. Allein die Behauptung, daß England eine für längere Zeit reichende Versorgung besitze, wie sie z. B. Dr. Carl Peters aufstellte, widerspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wenn es auch richtig sein mag, daß die Regierung Vorräte aller Art, Rohstoffe und Nahrungsmittel, beschlagnahmt hat, die nicht in der Statistik erscheinen, so können sie doch unmöglich einen solchen Umfang haben, wie das Dr. Peters annimmt. Eine Kontrolle der englischen Einfuhrstatistik ist ja z. B. an der Hand der Ausfuhrziffern der Vereinigten Staaten gegeben. Nun hatte die Ausfuhr aus der Union 1916 einen Wert von 22 Milliarden Mark. Hiervon gingen 16—17 Milliarden Mark in die Vierverbandshäfen, nach England allein 11—12 Milliarden Mark. Die englische Angabe über die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist weientlich geringer, kann aber ihre Deutung nicht dadurch erfahren, daß sie in Nahrungsmitteln bestanden hat, als vielmehr dadurch, daß es sich um Kriegsmaterial für die Regierung handelt. Allein es gibt noch ein anderes Kontrollmittel, das ist die England zur Verfügung stehende Weltonnage. Diese reicht bei der starken Inanspruchnahme und bei dem Ausfall der deutschen Tonnage nicht aus, um Getreide und andere Vorräte für einen längeren Zeitraum nach England zu verschiffen. Endlich kommt in Betracht, daß diese Vorräte auf dem Weltmarkte auch frei sein mußten. Wir kennen aber zuverlässig die Erntergebnisse der letzten Jahre, aus denen England allein seine Versorgung hätte bestreiten können, wir kennen aber auch zuverlässig den Abfluß der Ernten aus den Ueberseeländern. Acht oder zehn Millionen Tonnen Weizen, die der Rekordernte Kanadas in 1916 allein entsprechen, können nicht spurlos vom Weltmarkt verschwinden, zumal Weizen ein gesuchter Artikel ist, dessen Einfuhr andere Zwischenstaaten beziehen.

Aus der amtlichen englischen Statistik für 1916 ist nur zu ersehen, daß die Einfuhr gegen 1915 an Weizen und Weizenmehl um 650 000 Tonnen geringer war. Nun braucht England einen regelmäßigen Zuschuß von 6 Millionen Tonnen, den es auch z. B. 1913 importierte. Zurückgegangen ist 1916 auch die Weizeneinfuhr. Englands Getreidevorrat für den menschlichen und tierischen Gebrauch beträgt seit Jahren unverändert 159 Kilogramm für den Kopf. Zu berücksichtigen ist indessen, daß England 1915 und 1916 einen vergleichsweise höheren Bedarf gehabt hat wegen der Notwendigkeit der Verpflegung der Kolonialtruppen. Ebenso weist die Fleischeinfuhr für 1916 gewichtige Momente gegenüber 1915 auf. Sie hatte 1913 einen Wert von 1,1 Milliarden Mark; 1915: 1,7 Milliarden Mark; 1916 rund 2 Milliarden Mark. Aber die Preise decken nicht entsprechende Mengensteigerungen, denn die Einfuhr aller wichtigen Fleischsorten war 1916 wesentlich geringer. 1913 wurden rund 4,1 Millionen Doppelzentner Rindfleisch eingeführt, gegen 3,5 Millionen Doppelzentner in 1916. Hammelfleisch 1913: 2,5 Millionen Doppelzentner; 1916: 1,8 Millionen Doppelzentner. Dagegen ist die Einfuhr von Speck und Schinken gestiegen, aber nicht so stark, daß das eine Vorratswirtschaft zuließ, da der Mehrbedarf von der Armee auch glatt verbraucht wurde. Speck und Schinken wurden 1913 rund 2,7 Millionen Doppelzentner eingeführt; 1916 rund 4,5 Millionen Doppelzentner. Rindfleisch bezieht England vornehmlich aus Argentinien und seinen australischen Kolonien; aus diesen auch den Hauptteil der Einfuhr an Hammelfleisch. Speck kommt aus den Vereinigten Staaten und Dänemark. Vor dem Kriege deckte England allerdings aus der Eigenerzeugung 55 Prozent seines Fleischbedarfs. Der Krieg hat hier Aenderungen verursacht, einmal in dem Rückgang der eigenen Viehzucht, sodann in Bedarfsarten und Bedarfsmengen. Englands eigener Viehbestand ist nicht so groß, daß da er vollständigen Ersatz bieten könnte, um so weniger, als die englische Ernährungsgewohnheit auf starken Fleischverbrauch zugeschnitten ist. Es waren 1913 vorhanden in Großbritannien und Irland: 11 Millionen Stück Rindvieh, 3 Millionen Schweine und 20 Millionen Schafe. Die Futtermittel muß England in der Hauptsache einführen. Butter und Käse sind auch 1916 nicht in größeren Mengen hereingekommen als 1913, Butter ging sogar zurück, weil 1916 die russische Einfuhr fast ganz ausfiel.

Seit dem 2. September 1916 bis 3. Februar 1917 betrug Englands Weizen- und Weizenmehleinfuhr rund 1,8 Millionen Tonnen, was gegen die vorhergehenden Jahre ein Minus von 500—600 000 Tonnen bedeutet. Während beispielsweise die wöchentliche Zufuhr in der letzten Zeit nur 70- bis 80 000 Tonnen betrug, in der ersten Februarwoche sogar auf 46 000 Tonnen zurückging, kamen vor Jahresfrist 120- bis 130 000 Tonnen in der Woche herein. Auch die Bestände aus der eigenen Ernte sind nicht mehr hoch, denn sie werden für den 27. Januar mit 1 Million Tonnen angegeben. Im Vorjahr lieferte allein Nordamerika fast neun Zehntel der Einfuhrmenge, während sein Anteil dieses Jahr auf fünf Zehntel zurückging, wofür Südamerika, Australien und Indien einspringen mußten. Der Statist vom 3. Februar verzeichnet mit Sorgen, daß die Januareinfuhr 1917 nur 360 000 Tonnen ausmachte, gegen 600 000 Tonnen im Januar 1916.

Ebenso ist anzuzweifeln, daß Amerika mit Rohstoffen für die Kriegsindustrie reichlich ausgestattet sein konnte. Ueber die Einfuhr von Eisenerzen liegen keine Angaben vor, aber ihre Herkunft ist bekannt. So hat Spaniens Eisenerzausfuhr, die Englands Bedarf vornehmlich deckt, nicht zugenommen. Aus den angegebenen Werten der englischen Einfuhr läßt sich zudem berechnen, daß die 1915 und 1916 empfangenen Mengen nicht höher sein konnten als 1913. Die Einfuhr von Baumwolle war um 1915 höher als 1913; sie betrug 1915 rund 26 Millionen Ctr. gegen 21 Millionen Ibs 1913. In 1916 ist die Einfuhr auf 16 Millionen Ibs zurückgegangen. Das gilt auch für Kupfer, die für 1916 mit 111 142 Tonnen gegen 180 000 in 1915 und 101 000 Tonnen für 1913 angegeben ist.

Hoffnungslosigkeit in führenden französischen Kreisen.

Der französische Senat hat am 17. Februar das in der Kammer, und mehr noch in der Bevölkerung, viel umstrittene Gesetz der Neumusterung der gänzlich Dienstuntauglichen durch Sonderkommissionen angenommen, nachdem die Kammer nur mit verhältnismäßig geringer Mehrheit und durch die nachdrückliche Forderung des Kriegsministers General Lyautey zur Auffrischung der erschöpften Reservebestände zur Annahme bewogen worden war.

Die Bevölkerung, die durch diese erneute Siebung der in unzähligen Musterungen für gänzlich dienstuntauglich Befundenen nahezu den letzten Rest des wirtschaftlichen Lebens bedroht sieht, findet sich nicht so leicht in das scheinbar Unvermeidliche. Ihr Widerstand kommt in der oppositionellen Presse zum Ausdruck.

Das „Bonnet Rouge" veröffentlicht in seiner Nummer vom 18. d. M. eine von ihm veranstaltete Umfrage aus führenden politischen, Handels- und Industriekreisen.

Die Aeußerungen aus diesen Kreisen lauten noch trostloser, es die schon genug bezeichnende Ueberschrift: „Verheerende Folgen in Handel, Industrie und auf dem Arbeitsmarkt" vermuten ließ. Der Präsident der Pariser Handelskammer, David-Mennet, sagt wörtlich: „Im Zwiespalt zwischen der Notwendigkeit der Verteidigung des Landes und der Desorganisation des wirtschaftlichen Lebens sieht die Regierung offenbar keinen anderen Ausweg als den vorgeschlagenen", mit anderen Worten: das wirtschaftliche Leben muß dem Heeresbedürfnis der letzten kaum verwendbaren Reserven geopfert werden. Die Folgerung der Verwendbarkeit dieser Reserven, die der vorsichtige David-Mennet auszusprechen scheut, zieht der Präsident des Syndikats der Grossisten von Paris Lomb ganz offen in seiner Antwort gegen die Regierung. „Glaubt man denn, daß die aus diesen Musterungen gewonnenen Soldaten überhaupt dienstfähig sind. Durch Einziehungen der zurückgebliebenen dienstuntauglichen Männer wird der ganze Handel paralysiert werden; es gibt eben Posten, die nur männliche Kräfte bekleiden können. Der französische Handel geht einer ungemein schweren Krise entgegen. Eine bedeutende Autorität auf dem Gebiete des Außenhandels, die ihrer offiziellen Stellung halber ihr Incognito nicht lüftet, sagt: „Der Handel besteht ja fast nur noch zum Schein. Den letzten fatalen Schlag, der ihn vollends töten wird, soll ihm nun das neue Gesetz versetzen. Es ist richtig, daß die Regierung alle Maßnahmen zur Verteidigung der Nation zu treffen verpflichtet ist. Aber, angenommen der Krieg endete morgen, welche der alliierten Nationen wäre imstande, das wirtschaftliche Leben wieder aufzunehmen? Gewiß nicht Frankreich. Es ist zu verstehen, daß unsere Verbündeten aus dem Kriege und unmittelbar nachher daraus Nutzen ziehen wollen, aber wir, die wir am meisten darunter gelitten haben, dürfen nicht zulassen, daß sie während unserer Demobilisierung der Sahne von der Milch abschöpfen."

Man sieht, der Mann ist weitblickender, als jene Politiker seines Landes, die in der Heranziehung der im Heeresdienst unverwendbaren im wirtschaftlichen Leben aber unentbehrlichen Kräfte die Rettung Frankreichs sehen.

In der Ueberzeugung, daß das Land durch Verwirklichung des neuen Gesetzes der allerschlimmsten unter allen bisherigen französischen Krisen entgegengehe, sind auch alle übrigen, vom „Bonnet Rouge" betragten Vertreter der verschiedensten Zweige des Handels und der Industrie einig.

Die angebliche Russenfreundschaft der Balten.

Die „Stimmen aus dem Osten" schreiben:

Freiherr Albrecht v. Rechenberg, der frühere Gouverneur von Ostafrika, hat kürzlich einen Aufsatz über „Kriegs- und Friedensziele" veröffentlicht, in dem er sich mit merkwürdiger Lebhaftigkeit gegen die Wünsche wendet, Kurland nach dem Kriege an das Reich angegliedert zu sehen. Er hofft, daß sie „keine Berücksichtigung finden werden". Denn — so argumentiert er mit großer Sicherheit — die dortigen Deutschen, die nur sieben Prozent der Bevölkerung ausmachten, seien „zum sehr geringen Teil geneigt, die deutsche Herrschaft der russischen vorzuziehen." Unter der russischen Herrschaft hätten die Balten eine privilegierte Stellung eingenommen. In die höchsten Militär- und Zivilstellen seien die Balten — man brauche nur an die Stürmer, Bark, Ewerth, Stevers, Rennenkampf zu denken — in großer Zahl eingerückt: „Es ist augenscheinlich, daß die Balten auf eine ähnliche Bevorzugung unter deutscher Herrschaft nicht rechnen können und ebenso augenscheinlich, daß sie keine Neigung haben, ihre bisherige privilegierte Stellung aufzugeben."

Auch der Augenschein kann bisweilen trügen. Zumal dann, wenn ihm kärgliche Kenntnis von Land und Leuten zur Seite geht. In Wahrheit ist nämlich an diesen Rechenbergschen Sätzen so ziemlich jedes einzelne Wort unrichtig. Es trifft zunächst schon nicht zu, daß jeder, der in Rußland einen deutschen Namen führt baltischen Ursprungs wäre; die Ahnen der Stürmer und Ewerth z. B. sind aus dem Reich eingewandert. Es ist aber auch längst nicht mehr wahr, daß die Balten sich unter russischem Zepter einer privilegierten Stellung erfreuten. Seit die Russifizierung eingesetzt hatte, öffneten sich ihnen in ihrer engeren Heimat in Verwaltung, Justiz und Schule kaum noch ein höheres Amt. Darum haben die Deutschbalten von Jahr zu Jahr ihre Blicke mehr dem Mutterlande zugewandt, von ihm die einzige Rettung aus sicherem Untergang erwartend. Das war, so lange der große Krieg noch Welt und Dinge in Gährung und Fluß gebracht hatte, vielleicht nicht sonderlich politisch gedacht und Herr v. Rechenberg wird es am Ende nicht einmal für weitsinig halten. Aber es war so und kein Mensch hat ein Recht, die deutsche Gesinnung der Balten anzuzweifeln. Am allerwenigsten wenn er sich für seine Behauptungen nur auf einen angeblichen Augenschein berufen kann, der in Wirklichkeit in der Aneinanderreihung von Trugschlüssen besteht. Es mag ja manch ein in Deutschland wunderbar vorkommen, aber es bleibt tüglich von neuem zu erhärtende Tatsache: drohen in der ältesten deutschen Kolonie heute ich ein Gesicht seltsamer Träumer erhalten, die sich in seiner Hochkonjunktur die Welle des Strebertums nicht erfaßt hatte und denen ihr Volkstum, ihr Glaube und ihre Sprache sogar um „privilegierte Stellungen" nicht feil war. Und es auch bis auf diesen Tag nicht ist.

Englische Gefangene von der Seeschlacht am Skagerrak
beim Mahle im Speisraum eines Gefangenenlagers.

Kriegsallerlei.

Ein Jahr „Düna-Zeitung".

Am 9. März 1916 verließ die erste Nummer der „Düna-Zeitung" die Presse. Die Frontzeitung am Dünastrande kann also in diesen Tagen auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Die bewährte Aufnahme, die die Zeitung fand, belohnte am schönsten die Mühseligkeiten, die bis zur Gründung der im Frontbereich gelegenen Druckerei zu überwinden waren. Diese ist ein knappes Vierteljahr älter als die Zeitung selbst, bis zu deren Erscheinen zahlreiche Gelegenheitsdrucke darunter manche technische Musterleistung — ihren Weg aus der Druckerei fanden. Die Auflage der wöchentlich zweimal erscheinenden „Düna-Zeitung" stieg bald auf rund 5000. Die Schriftleitung beforate bis zum November 1916 der Schriftleiter der „Leipziger N. N.", Leutn. d. Res. Gränitz und ging dann in die Hände des Obltn. Caesar über, der seiner Zeit die beliebte Kriegszeitung von Baranowitschi gegründet und zu mustergültiger Entwicklung gebracht hatte. Die technische Leitung der Druckerei wurde dem früheren Schriftleiter der „Wieler Neuesten Nachrichten", Wiesfeldwebel Färber, übertragen. Die „Düna-Zeitung" erhielt auch ein schmuckeres Gewand, und das feinere Papier ermöglichte eine bessere Wiedergabe künstlerischer Bilder, denen bald im eigenen Heim gedruckte Kunstbeilagen folgen konnten, die großen Anklang fanden. So tritt die Zeitung mit den besten Aussichten ins zweite Lebensjahr, begleitet von den herzlichen Wünschen ihrer Gründer, Förderer und zahlreichen Leser im Feld und in der Heimat.

Möge sie auch weiterhin ihren segensreichen Zweck erfüllen, den Kämpfern an der Front und den Kameraden in den Lagaretten und in der Etappe Geist und Gemüt zu stärken für die Aufgaben der Gegenwart und die kommende Zeit.

Kann man Kohle ersetzen?

Der Krieg hat in aller Welt eine große Kohlennot hervorgerufen, so daß wir wieder einmal eindringlich an den Wert und die Wichtigkeit des schwarzen Diamanten erinnert werden. Die Gelehrten haben sich mit der Frage, wie anderweit Energiemengen zu beschaffen sind, bereits eifrig beschäftigt und in der Ausnutzung der „weißen Kohle", des Wassers, auch bedeutende Fortschritte errungen. Immerhin reicht diese nicht aus, um den Bedarf an Energie zu decken, sind doch erst fünf Millionen Pferdekräfte in den Wasserwerken zusammengefaßt. Gewiß könnte auf diese Weise unendlich mehr geschaffen werden, aber Wasserkräfte sind eben nicht überall vorhanden. Ein anderer Ersatz der Kohle wäre dadurch möglich, daß wir die uns dauernd zugesandte Energie der Sonnenwärme direkt ausnutzen, nicht erst auf dem Umweg über mehrere Zahrtausende aus der Kohle. Auch auf diesem, dem photoelektrischen Gebiete, haben wir bereits Erfolge zu verzeichnen, die allerdings noch lange nicht zu praktischer Anwendung genügen. Immerhin wissen wir, daß die Gewinnung von Arbeit aus dem Sonnenlicht sehr wohl möglich ist und daß wir gerade in dieser Beziehung große Hoffnungen hegen dürfen. Vorläufig müssen wir aber die Kohle noch als unentbehrlich bezeichnen und deshalb vor allen Dingen darauf sehen, daß wir die in der Kohle schlummernde Energie vollständig ausnutzen. Geschieht dies, dann wäre enorm viel gewonnen, denn jetzt läßt sich aus der Kohle bei Verbrennen kaum der fünfte Teil der in ihr aufgespeicherten Wärmemenge praktisch verwerten. Vier Fünftel gehen einfach verloren, jedoch auch diese Verschwendung dürfte bald ein Ende nehmen dadurch, daß wir die chemische Kohlenenergie auf direktem Wege umleiten in elektrische. Die Möglichkeit hierzu im sogenannten Brennstoff-Element ist ebenfalls bereits erwiesen, aber die Vorrichtungen sind noch nicht über Laboratoriumsversuche hinausgekommen, und so müssen wir warten, bis die konstruktiven Schwierigkeiten überwunden sind. Die Frage nach einem Ersatz der Kohle ist also in verschiedener Weise schon gelöst, jedoch sind auch vielversprechende Ansätze vorhanden, künftig vier Fünftel mehr Energie aus der Kohle herauszuholen als jetzt, also auch ebensoviel Kohle zu ersparen, so daß es mit einem Ersatz der Kohle nicht allzu große Eile hat.

Fettfänger in Mitau.

Da die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse das Erfassen jeder, auch der kleinsten Fettmenge zur unabweisbaren Pflicht machen, hat die Stadtverwaltung in Mitau die Aufstellung von beheizbaren Fettfängern angeordnet. Das gewonnene Fett wird von dem Kriegsausschuß für Tele und Fette angekauft. Von der Stadtverwaltung ist ein beheizbarer Fettfänger hergestellt und ein Versuch damit mit gutem Erfolg durchgeführt worden. Die Herstellung eines solchen Fettfängers erfordert zwei Fässer (in der Größe von Petroleumfässern) und eine Ausgabe von 7 Rubeln = 14 Mark. Alle Besitzer und Verwalter von Speiseanstalten, Gast- und Krankenhäusern und anderen Anstalten mit Küchen, in denen mehr als für einen Haushalt gekocht wird, haben vom 1. Februar d. J. ab die erforderliche Anzahl von Fettfängern anzustellen und in Betrieb zu nehmen. Das Beispiel der Mitauischen Stadtverwaltung sei auch allen deutschen Städten zur Nachahmung empfohlen, soweit sie nicht schon derartige Einrichtungen getroffen haben.

Eine nette „Schwesterrepublik".

Das „Berner Tagblatt" vom 12. 2. schreibt: Die Vereinigten Staaten von Amerika werden in der Schweiz gerne als „Schwesterrepublik" bezeichnet. Wir müssen die Theorie von der großen „Schwesterrepublik" fallen lassen! Sie sind nicht besser alsdie anderen imperialistischen Staaten und kennen keine andere Politik als das eigene Interesse. Wir wollen sie deshalb nicht schelten, sondern ebenso handeln. Wir müssen unsere Finger aus anderer Leute Geschäften ein für allemal zurück ehen. Amerika hätte uns kaltblütig ans Messer geliefert, wenn wir die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt hätten. Mehr als ein Bedauern hätte uns die Schwesterrepublik kaum gezollt, wenn es uns schlecht gegangen wäre und wir dabei unsere staatliche Selbständigkeit verloren hätten. Wenn es denn einmal dazu käme, daß auch wir zu den Waffen greifen müßten, dann wollen wir es tun einzig und allein um eigener Interessen willen, nur Verteidigung unserer Freiheit und unseres nationalen Lebens aber nie und nimmer um theoretischer, internationaler Streitfragen wegen. Bismarck hat gesagt, er wage an die orientalische Frage nicht einmal die Knochen eines pommerschen Grenadiers. Und wir Schweizer werden ebensowenig um des Unterseebootkrieges willen einen unserer Hirtenbuben in den Tod senden.

Die amerikanische Wollnot.

Einem amerikanischen Fachblatt zufolge, sind die Woll-Industriellen zu einer gemeinsamen Besprechung ihrer durch den Krieg geschaffenen Lage, insbesondere in Sachennot, als auch namentlich die Beschaffenheit der Wolle anbetrifft, zusammengetreten. Der durch den Ausfall des deutschen Farbenexportes eingetretene fühlbare Mangel an Farbstoffen in Amerika ist durch die ins Leben gerufene amerikanische Farbstoffindustrie bei weitem nicht ausgeglichen.

Der Krieg änderte die Statistik des Weltverkehrs und des Verbrauchs gewaltig, und zwar nicht nur durch den enormen Verbrauch der Wolle, sondern auch durch Massenschlachtungen der Schafe. Für die nächsten 10 Jahre ist ein Sinken der Wollpreise, auf die vor dem Krieg geltenden Ansätze nicht zu erwarten. Die amerikanischen Wollspinner meinen sich, unter den Verhältnissen der obwaltenden Konjunktur, womit natürlich die ganze wollbereitende Industrie empfindlich getroffen ist. Von der Regierung ist angeregt worden, eine allseitige Veröffentlichung von Lagerbeständen, Preisen, Verfrachtungsbedingungen der Wolle und dergl. durchzuführen. Zur Abhilfe der Wollnot schlug die Verlautung Förderung der Schafzucht in Asien und Amerika vor.

Es ist interessant, aus diesem Bericht zu ersehen, einmal, wie stark der Einfluß der deutschen chemischen Industrie auf die Wirtschaftsverhältnisse Amerikas bis ein geworden ist, andererseits, wie die Weltlage unter dem Kriege allmählich auch auf die speziellen Wirtschaftsgebiete übergreift, die an und für sich, wie die Schafzucht Amerikas und Asiens, kaum unmittelbar von dem Einflusse des Krieges stehen. Daß sich die amerikanische Wollnot bei einem auf längere Dahre hinaus berechneten Ausfall des deutschen Farbenexportes noch verschärfen wird, liegt auf der Hand.

Die Monatsnamen in den Sprachen von Ob. Ost.

Deutsch	Litauisch
Hartung (Januar)	Saulis
Hornung (Februar)	Balaris
Lenzmond (März)	Kowas
Ostermond (April)	Balandis
Wonnemond (Mai)	Geguzis
Brachmond (Juni)	Birzelis
Heumond (Juli)	Liepos
Erntinq (August)	Rugpiutis
Scheiding (September)	Rugsejis
Gilbhart (Oktober)	Spalis
Nebelung (November)	Lapkritis
Julmond (Dezember)	Gruodis

Polnisch	Weißrussisch
Styczen	Studzien
Luty	Luty
Marzec	Marec
Kwiecien	Krajawik
Maj	Mai
Czerwiec	Cerwien
Lipiec	Lipien
Sierpien	Zniwien
Wrzesien	Wiersien
Paadziernik	Kastrycnik
Listopad	Listapad
Grudzien	Snieżan

Beisetzung der durch Bomben englischer Flieger in Brügge getöteten belgischen Kinder.

Kriegshumor

In der Kanzlei. Ich stand kürzlich wartend in einer Kanzlei. — In Kanzleien muß man immer warten, bemit man sich seines Unwertes bewußt geworden ist, bis man in Angriff genommen wird. — Ein Jüngling hatte etwas auf einen schönen großen Bogen weißen Papiers gemalt, als sein Chef hinzukam: „Wie können Sie für die paar Zeilen einen ganzen Bogen nehmen? Wie oft habe ich Ihnen gesagt, daß jetzt mit dem Papier gespart werden muß! Gleich stecken Sie das Papier in den Ofen und nehmen die Rückseite von dem beschriebenen Blatt hier." („Simplicissimus.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191702270/fragment/page=0002